



MARCHIVUM

MANNHEIMS ARCHIV
HAUS DER STADTGESCHICHTE
UND ERINNERUNG



MARCHIVUM Druckschriften digital

General-Anzeiger der Stadt Mannheim und Umgebung. 1886-1916 1912

84 (19.2.1912) Abendblatt

[urn:nbn:de:bsz:mh40-151291](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:bsz:mh40-151291)

Abonnement: 70 Pfg. monatlich, Bringerlohn 30 Pfg., durch die Post inkl. Postzuschlag Mk. 5.42 pro Quartal Einzel- Nr. 5 Pfg. Inserate: Kolonnen-Zeile 30 Pfg. Reklame-Zeile 1.20 Mk.

General-Anzeiger

der Stadt Mannheim und Umgebung

Telegramm-Adresse: „General-Anzeiger Mannheim“
Telephon-Nummern:
Direktion und Buchhaltung 1449
Buchdruck-Abteilung 541
Redaktion 577
Expod. u. Verlagsbuchhdlg. 215

Badische Neueste Nachrichten

Täglich 2 Ausgaben (außer Sonntag) Gelesenste und verbreitetste Zeitung in Mannheim und Umgebung Eigenes Redaktionsbureau in Berlin
Schluß der Inseraten-Aannahme für das Mittagsblatt morgens ¼9 Uhr, für das Abendblatt nachmittags 5 Uhr

Beilagen: Amtliches Verkündigungsblatt für den Amtsbezirk Mannheim; Handels- und Industrie-Zeitung für Südwestdeutschland; Beilage für Literatur und Wissenschaft; Unterhaltungsblatt; Beilage für Land- und Hauswirtschaft; Mannheimer Schachzeitung; Sport-Revue; Wandern und Reisen und Wintersport; Mode-Beilage; Frauen-Blatt.

Nr. 84.

Mannheim, Montag, 19. Februar 1912.

(Abendblatt.)

Die deutsche Flotte ein Luxus.

Als vor einigen Jahren Hr. Lloyd George, der englische Schatzkanzler, Berlin besuchte, stellte es sich heraus, daß er von dem Vorhandensein eines deutschen Flottengesetzes keine Ahnung hatte. Der Erste Lord der Admiralität hat jetzt kürzlich erklärt, daß für Deutschland die Flotte eine Art Luxus sei, ein Ding also, das ebensogut entbehrt werden könnte. Das ist keineswegs eine nur von Mr. Churchill persönlich gehegte Ansicht, der Führer der Opposition, Mr. Bonar Law, hat sich ihr angeschlossen, und immer wieder kann man ihr in der englischen Presse begegnen, leider ja auch in einem Teil der deutschen. Bei Nichtbetrachtung ist diese Unkenntnis der deutschen Verhältnisse in allen englischen Kreisen eine recht merkwürdige Erscheinung. Die Bedeutung der Seemacht sowohl für das politische wie für das wirtschaftliche Leben eines Volkes ist heute allgemein anerkannt, und jeder kleine Staat strebt dahin, sich eine Kriegsflotte zu schaffen. Allen soll dies auch gestattet sein, nur Deutschland nicht: jedenfalls, wenn es nun doch einmal Schiffe haben muß, dann nicht zuviel. Besonders im Verhältnis zur deutschen Küstenausdehnung sei die deutsche Flotte viel zu groß, so hört man es öfters von jenseits des Kanals zu uns herüberschallen. Aber es gibt doch keinen Maßstab, der etwa festsetzt, wie viel Kriegsschiffstommen zum Schutze von einem Kilometer Küste erforderlich sind! Je kürzer unsere Küstenstrecken sind, desto wertvoller ist auch das kleinste Stück von ihnen, und wenn wir nur eine einzige Flußmündung besäßen, als Ein- und Ausfahrtsstraße unseres gesamten Seeverkehrs, so müßten wir diese gegen feindliche Einfälle jeder Art schützen, mit demselben Nachdruck wie England sein große ausgedehnte Küstenlinie.

Es braucht wohl nur, um einige Zahlen zu nennen, darauf hingewiesen zu werden, daß unser Außenhandel im Jahre 1911 sich auf 17,6 Milliarden Mark bezifferte, daß davon 70 pCt., also 12,3 Milliarden Mark Seehandel sind. Unsere Hochseeflotte ist die zweite der Welt, und ihre Schiffe befahren alle Meere. Seit der Gründung des Reichs hat sie sich nach ihrem Umfange verdreifacht, ihrer Leistungsfähigkeit nach verdreifacht, und ihr Anteil an der Welt-Handelsflotte beträgt 10,4 pCt. Wenn sie heute vernichtet würde, so würde es einen Kostenaufwand von 1500 Millionen Mark erfordern, um sie neu zu bauen. Für den Ausbau unserer von der Natur nicht allzu sehr begünstigten Häfen haben wir in den letzten Jahrzehnten 1200 Millionen Mark ausgegeben. Während sie im Jahre 1873 von 48 000 Schiffen mit 6,2 Millionen Netto-Registertonnen besetzt wurden, ist diese Zahl im Jahre 1909 auf 110 000 Schiffe und 28,4 Millionen Tonnen gestiegen. An

diesem Verkehr ist die eigene Flagge mit nahezu 60 pCt. beteiligt, und die hierfür erforderlichen Schiffe, die etwa 75 000 Mann Besatzung haben, wurden in der Mehrzahl auf deutschen Werften erbaut. Diese bringen nächst den englischen die meisten Seeschiffe hervor und geben dabei 80 000 Arbeitern unmittelbar Beschäftigung.

Das sind nur einige wenige Zahlen aus dem großen Gebiet unserer Seeinteressen; daß von der Küste und damit vom Meere aus vielfach verschlungene Fäden sich tief bis ins Binnenland hineinziehen, ist bekannt genug, um hier noch weiter ausgeführt zu werden. Jedenfalls wären die Folgen ebenso tiefgreifender wie weitreichender Art, wenn unsere Seeinteressen vernichtet würden oder unser Seeverkehr eine Stauung erleiden sollte. Deshalb ist die von Deutschland erstrebte Seegeltung zum Schutze seiner Seeinteressen kein Luxus, sondern eine Frage der nationalen Existenz.

Zur Weltlage.

Dreibund und Tripleentente.

Von diplomatischer Seite wird der „Wiener Deutschen Korrespondenz“ mitgeteilt:

Wenn nicht alle Zeichen trügen, hat die so hervorragende Auszeichnung Sir Edward Grey eine zu erwartende Verschiebung im englischen Ministerium angezeigt, die nicht ohne Folgen für die internationale Politik sein dürfte. Denn selbst, wenn Grey an die Stelle des Ministerpräsidenten Asquith tritt, so bedeutet das für die Struktur der englischen Regierungsmaschine eine weitgehende Ausschaltung eines Einflusses in auswärtigen Fragen. Ob damit auch eine sofortige, deutlichere Reorientierung in den Beziehungen zu den Kontinentalstaaten eintritt, läßt sich nicht voraussagen, sicher ist aber die Beibehaltung des seit der Berliner Reise Halbanes eingeschlagenen Kurzes, der zwar nicht so sehr einem Herzensbedürfnisse der englischen Staatsmänner als einer bitteren Notwendigkeit entspringt. Das Gefüge der Tripleentente, das stolze Werk König Eduards, kann man heute trotz seines formalen Weiterbestehens beinahe schon als abgetan ansehen. Russisch-englische Reibereien über Persien, die Differenzen aus den englisch-französischen Geheimverträgen über Marokko, stellen auch in Zukunft kein zu günstiges Prognostikon, während auf der anderen Seite der Rächegier, dem Dreibund, Dank der Arbeit eines Grafen Reventhal, des Herrn v. Ribbentrop-Wächter und San Giuliano durch die engere Heranziehung Italiens eine straffere Organisation bei der Erneuerung des Bundesvertrages in Durchführung begriffen ist.

Es ist eine nicht zu übersehende Erscheinung, daß England sich in direkte Verbindung mit Deutschland gesetzt hat, um zu einer Vereinigung der Differenzen zu gelangen. Die Rüstungsfrage ist wohl als ausgeschaltet zu betrachten, es ist aber ein gewichtiges Kolonialprogramm in Vorbereitung, das der Expansion der deutschen Industrie neue

Möglichkeiten erschließen soll. Die Beweggründe der Handlungsweise Englands sind für den Endeffekt gleichgültig, Tatsache ist die endliche Annäherung der beiden früheren scharfen Rivalen, und die Ansicht der französischen Staatsmänner, Frankreich wünsche in den Kreis der Westmächte einbezogen zu werden, zeigt, daß dort schon mit neuen Werken zu rechnen begonnen wird. Nicht ohne Nachwirkung sind in Paris gewisse Emunziationen des Jaren geblieben, die seinen Willen zeigen, zu der Politik vor dem Jahre 1878 zurückzukehren und engen Kontakt mit Deutschland und Oesterreich-Ungarn zu suchen. Daß die mit der Entree von Potsdam begonnene Entspannung mit Oesterreich-Ungarn erfolgreich war, beweist der Besuch des Großfürsten Andreas in Wien und wenn es auch verfrüht ist, heute schon von einer Dreikaiserzusammenkunft zu sprechen, so ist es doch der sichtbarste Ausdruck der herrschenden Stimmung. Die jüngsten Erscheinungen lassen die beiden mitteleuropäischen Großstaaten wieder in den Mittelpunkt der diplomatischen Verhandlungen treten, und wenn dadurch eine Sicherung des Weltfriedens erreicht wird, ist es nicht zum wenigsten dem Dreibund zu danken.

Am Ende der Einkreisungspolitik?

Trotz aller mehr denn je zur Schau getragenen Zuversichtlichkeit scheint das Vertrauen Frankreichs in die unerschütterliche Fortdauer des herrlichen Einvernehmens durch die jüngsten Ereignisse doch einen empfindlichen Stoß erlitten zu haben. Darüber vermag weder die künstliche Ruhe, die dem ersten heftigen Schred über die englisch-deutsche Aussprache nachfolgte, noch auch die wohlwollende Gönnermühe, womit man in amtlichen Kreisen der weiteren Entwicklung der Dinge zusieht, hinwegzukäufeln.

Die Möglichkeit einer Verständigung zwischen London und Berlin über Frankreichs Kopf hinweg wirkte wie ein Schreckschuß, der dem langjährigen Sicherheitsgefühl am Quai d'Orsay ein jähes Ende bereitet. Unter der französischen Diplomatie beginnen beim Nachdenken über die bisher von ihr getriebene Politik in Englands Diensten voll Bekämpfung und Entsetzen die Augen aufzugehen. Den deutlichsten Beweis für dieses Erwachen aus dem schweren Traum, der Frankreich seit zehn Jahren gefesselt hält, liefert ein Zeitartikel des „Figaro“ aus der Feder des ehemaligen Ministers Gabriel Hanotaux, worin das Wesen und Endziel der englischen Einkreisungspolitik scharf aber treffend gezeichnet und ihr schließliches Fiasko, fast überall auf Kosten der wahren Interessen Frankreichs, rückblicklos nachgewiesen wird. Der Verfasser scheint sich nicht, Englands Versäherrollen offen aufzudecken und über sein zweideutiges Spiel, namentlich in der Marokkofrage, bittere Wahrheiten auszusprechen.

„In Paris,“ heißt es u. a., „wo man sich gern beschwären läßt, glaubte man, man werde mit Papier, Bindfaden und Siegellack, dem gewöhnlichen Handwerkzeug der Diplomatie, die vier bis fünf Millionen Bajonette des Dreibunds bequem in Schach setzen können. Ja, man war sogar überzeugt, daß letzterer dem Jersall preisgegeben sei, und daß Italien in den Bannkreis der Westmächte gelockt, die berühmte „Einkreisung“ vollenden würde.“ Einen Augen-

Genilleton.

„Der Weiber-Reichstag“.

Ein Fastnachtspiel aus dem 16. Jahrhundert.

Besprochen von Selma Wolff-Jaffe, Mannheim.

In der Gottschelchen Sammlung alter deutscher Schauspiele, welche nach dem Tode der Herzogin Amalie in den Besitz der Großherzoglichen Bibliothek zu Weimar überging, befinden sich zwei verschiedene Ausgaben eines Stückes, das in der Zeit seines Entstehens eine Persiflage bedeutete, nach unsern heutigen Anschauungen aber die Durchführung des Gedankens der Teilnahme der Frau am Gemeinde- und Staatsleben veranschaulicht. Beide Ausgaben, sowohl die in Nürnberg bei Hans Gulbenmundt im Jahre 1589 erschienene Erstausgabe, wie die in Frankfurt a. M. einige Jahre später bei Weigand in der Schnurgasse zum Krug gedruckte Zweitausgabe, haben auf dem Titelblatt einen originellen Holzschnitt, auf welchem wir mehrere Frauen in der Tracht des 16. Jahrhunderts eifrig beharrtend zusammenstehen sehen. Ein Mann mit der Schellenlappe auf dem Kopfe scheint eifrig den Verhandlungen zu lauschen. In der Erstausgabe ist der unbekannt gebliebene Verfasser eifrig genau, die Quelle anzugeben, aus welcher er den Stoff für seine Arbeit hernahm. Der Titel ist folgender: „Ein Fastnachtspiel, der Weiber Reichstag aus dem Colloquium Profani genommen und mit reimen versehen, doch in der Sentenz nach vertauscht.“ Der Titel der Zweitausgabe lautet: „Der Weiber Reichstag, ein sehr schön kurzweiliges Spiel, darinnen angezeigt wird vielerlei unnütze Händel, die sich wohl den Weibern vergleichen mit ihrem Schwätzen und Schnattern.“ Als Verfasser ist der Ritter Jut von Weisenburg angegeben. Bei beiden Ausgaben

handelt es sich um eine poetische Uebersetzung des Dialogs „Senatus sive Gynaeceionedrium“ (der kleine Senat, oder das Weiberparlament von Erasmus von Rotterdam*), in welchem der berühmte Humanist streng mit den mittelalterlichen Reichstagen ins Gericht geht, auf welchen die Männer, anstatt etwas Ernstliches durchzuführen, ihre Zeit mit Ständes- und Toilettenfragen unnütz vergeuden. Die Personenzahl des Theaterstückes stimmt ganz genau bis auf den Narren mit der Personenzahl des Erasmuschen Dialogs überein. Ebenso ist der Inhalt genau der gleiche. Hier wie dort ist die Einkerkerin des Weiberreichstags Frau Cornella. Sie wendet sich an die erschienenen Frauen mit den Worten:

„Ihr müßt ohne Zweifel all,
Die Ihr seid in diesem Saal
Warum wir hier zusammenkommen.
Die Männer täglich Reichstag halten,
Um ihre Sach behandeln und verwalten.
Wir verrichten das Hausgeschäft und spinnen,
Lassen unsre Sach ganz dahinmen,
Deshalb ist es dahingekommen,
Daß unser Ruhm ist zerronnen.
Wir sind verpöbelt und veracht,
Mancher sein Weib vor sein Mensch acht.
Kommen wir dem Unglück nicht zuflü,
So steht es bald vor unsrer Thür.“

Die Sprecherin schlägt dann den Frauen vor, es den Männern nachzutun, ebenfalls Reichstage abzuhalten, auf denen über das Wohl und Wehe des weiblichen Geschlechts beraten werden soll. Frau Elisabeth stimmt der Rednerin zu und führt an:

* Colloquia Familiaria, Ausgabe Peter Rabus, Wlm 1747, S. 882

„Keine Stadt noch Dörflein ist so klein,
Es hat jedes eine Gemein.
Ja, selbst die Ameisen auf der Weid,
Versammeln sich wie andre Leut,
Alein wir unter allen Tieren
Können uns nit erwehren.
Das kommt, wir kommen nicht zusammen,
Sind schier gefangen in einer Klammen.“

Sie befreit, daß die Mahnung des Apostels Paulus „das Weib schweige in der Versammlung“ sich auf Frauenversammlungen beziehe, denn die Natur habe der Frau nicht umsonst die Junge gegeben und eine so helle Stimme, „als sie kein Mann reden linst“. Sie reben „groß und ungeflücht gleichhom einem Hiel, der ist alt“ —

„Wärden ihre Reichstag gehalten,
Wie sie in Wahrheit sein sollten,
Sie würden befre ihre erjagen,
Das müßt man ihnen einmal sagen.
Was tun sie Gutes raten,
Die Doktoren, Bischöfe, Prälaten?
Selbst unter dem gemeinen Mann
Keine Zusammenstimmung man finden kann.“
„Denn uns“ (so fährt Frau Elisabeth fort) „einmal
befohlen würd',
In verrichten Gemeindeamt und Wärd',
Es soll weiß Gott viel besser stohn.
Wie es jetzt bei der Herrn tut gehn.
Es steht vielleicht weiblicher Recht
Wohl an, daß man sie ontsucht,
Wie sie handeln an manchen End'
Lätend wir Weiber, wir würden geschämt.“

Der Narr mischt sich in das Gespräch und warnt die Frauen, nicht auf die Männer zu scheitern. Er erinnert an das Beispiel

Wird verblüfft, entschließen sich die germanischen Mächte, die Widerstandskraft der gebredlichen Maschine, die gehen sie aufgeföhrt wurde, auf die Probe zu stellen: Bosnien und Herzegovina war ein schlechtes Debit für die Trilateralität! Dann folgte Deutschland dem Beispiele Oesterreichs mit Kraftproben in Konstantinobel gegen England und Frankreich, in Asien gegen England und Rußland und schließlich in Marokko gegen Frankreich und England: auch hier wieder nichts, als Mißerfolge der Einkreisungspolitik! Nach acht Jahren erbitterten Kampfes gibt England nun endlich das Spiel verloren und rät Frankreich selber zum Nachgeben. Die französische Diplomatie machte noch einen schwachen Versuch, die Partien zu halten, muß sich aber doch zuletzt ins Unvermeidliche fügen. Und Italien? Auch der dritten Macht des Dreieckes gegenüber erwiesen sich alle Kräfte der Weltmächte als eitel und wirkungslos. Sanotaur schließt seine Betrachtungen mit einem prächtigen Rückblick auf die Vorteile, die der Gegendreibund aus seiner bisherigen Politik eingeheimst habe: „England gewann zehn Jahre Frist; in diesem Zeitraum sicherte es sich die französische Mitarbeit auf dem Kontinent und sah den Sozialismus in Deutschland die Oberhand gewinnen. Lord Salanes Reise, im Verein mit der Rede Winston Churchills, legt die Vermutung nahe, daß sich England heute fast genug fühlt, um mit Berlin auf neuen Grundlagen in Verhandlung zu treten. Das mag vielleicht ein gewagtes Spiel sein; aber große Diplomaten, wie große Feldherren, lieben die Gefahr.“ Zum Glück meint Sanotaur, sei sich Frankreich blüßlich der Gefahr bewußt geworden, in die es durch eine Politik allzu langer Unterwürfigkeit zu geraten drohte. Es habe sich aufgerafft und mit eigenen Händen den „Ring“ zerrissen. Jetzt, da es in der ledigen Einkreisungspolitik endlich Klar sieht, könne Frankreich ruhigen Gemütes und in voller Unabhängigkeit über seine Zukunft beschließen.

Der Artikel Sanotaur im „Figaro“ läßt immerhin auf eine starke Abkühlung des herzlichen Einbernehmens schließen.

Die nationalliberale Partei und die innerpolitische Lage.

Eine nationalliberale Kundgebung zur Präsidentschaftswahl aus Sachsen.

Dresden, 17. Febr.

Unter der Spitzmarke „Verlorene Liebesmüh“ schreiben die parteioffiziösen „Sächsischen nationalliberalen Mitteilungen“: „Der „Dresdener Anzeiger“ und die „Dresdener Nachrichten“ haben aus Anlaß der Vorgänge bei der Wahl des Reichstagspräsidents am 9. Februar kategorisch verlangt, daß sich im Reichstage Nationalliberale mit dem schwarz-blauen Block zu gemeinsamer Arbeit zusammenhalten möchten, und allmählich nimmt die Polemik der beiden Blätter den Charakter einer Heye gegen den Abgeordneten Wassermann an. Diese Heye beruht offenbar auf der Annahme, daß Wassermann ein Anhänger des Großblockpräsidents sei, und daß er am 9. Februar bei der Wahl des Präsidents in der Stichwahl zwischen Spahn und Nebel für den letzteren gestimmt habe. Beides ist durchaus unrichtig; insbesondere können wir auf Grund besserer Informationen mit aller Bestimmtheit versichern, daß Wassermann am 9. Februar bei der Wahl des Präsidents dem Abgeordneten Nebel auch im dritten Wahlgange seine Stimme nicht gegeben hat, ebenso wenig übrigens der Abgeordnete Dr. Jund-Leipzig. Der Gesamtverband des nationalliberalen deutschen Reichsvereins hat, wie in der Tagespresse mitgeteilt, seine Ansicht über jene Vorgänge am 9. Februar klipp und klar zum Ausdruck gebracht. In dieser Auffassung hat sich auch nichts geändert. Wir nehmen aber aus der Polemik gegen unsere Partei den Anlaß, ebenso scharf den Wunsch der beiden obigen Blätter entgegenzutreten, mit anderen Worten: Wir wünschen kein Großblockpräsidium, aber ebenso wenig ein Präsidium, in welchem die nationalliberale Partei neben den Parteien des schwarz-blauen Blocks vertreten ist.“

Die Orientierung der inneren Politik.

Der Staatsrede des Reichskanzlers widmet die „National-Correspondenz“ eine längere Betrachtung, in der der Nachweis geführt wird, daß Herr v. Bethmann-Hollweg in seiner ganzen Amtstätigkeit nichts dazu beigetragen habe, dem doch auch als heilfam anerkannten Liberalismus irgend einen Einfluß auf die innere Verwaltung in Preußen zu gestatten. Mit weit abgelegenen Argumenten habe er vielmehr stets die in Preußen bestehenden Zustände der inneren Verwaltung zu rechtfertigen gesucht. Zum Schluß wird die Forderung des Liberalismus auf Gleichberechtigung wieder angemeldet:

„Wenn eine erfährt was mehr,
Die bring es morgen auch hierher,
Denn wir zusammenkommen wollen,
Solange wir den Reichstag bestellen.
Wir wollen auch verordnen lassen
Hier Rotaxinnen, die da verassen,
Alles was gerecht und verhandelt wird,
Wie es sich Euch zu merken gebührt.
Dazu muß man uns auch geben
Zwei Schiedsmesserinnen,
Die erlauben zu reden,
Daß sei Euch allen gesagt nun,
Auf daß Ihr Euch darin schiden tut.
Seid geforsam, laßt Euch nit verdrischen,
Zu kommen, bis wir den Reichstag beschließen.“

Daß der Herr Reichskanzler bei dieser Voreingenommenheit für die konervative Staatsauffassung auch in seiner Staatsrede Licht und Schatten zwischen Konservativen und Liberalen nicht gleich verteilt hat, ist erklärlich. Sonst hätte er als ehemaliger Minister des Bülowblocks doch nicht ganz achtes daran vorübergehen dürfen, daß die Verbitterung der Parteien ihren Ausgangspunkt von der Zurücksetzung des Blocks genommen hat. Er durfte nicht unterlassen, hervorzuheben, daß diese Verbitterung mit dem Moment einsetzte, wo der Führer der Konservativen offen ausgesprochen hat, daß die Konservativen es müde seien, irgendwelche Rücksicht auf die liberalen Blodgenossen üben zu müssen. Statt dessen beschränkt er sich darauf, den Konservativen ihre ablehnende Haltung gegen die Erbschaftsteuer vorzuwerfen. Will der Herr Reichskanzler ernstlich bestrebt sein, ein besseres Verhältnis unter den bürgerlichen Parteien von rechts und links anzubahnen — und wir zweifeln nicht an diesem Ernste —, so wird er bemüht sein müssen, das Uebel an der Wurzel zu fassen. Nur die volle Anerkennung der Gleichberechtigung konservativer und liberaler Anschauung in unserer Verwaltung wird auch den gemäßigten Liberalen die Ueberzeugung beibringen können, daß wir in Preußen und Deutschland ein Regiment haben, das über den Parteien steht und gewillt ist, alle in den bürgerlichen Parteien vorhandenen Kräfte zu verholreicher und gleichberechtigter Arbeit in den Dienst des Staates zu stellen.

Politische Uebersicht.

Mannheim, 19. Februar 1912.

Konfliktstimmung im Reichstag?

Von Konfliktstimmung im Reichstag spricht die „Germania“. Damit zielt sie auf einen Konflikt zwischen der Regierung und dem schwarz-blauen Block. Der Zentrumsabg. Speck hat am Donnerstag dem Reichskanzler gedroht, daß eine etwaige Wiedererbringung der Erbschaftsteuer als eine „Bräskierung des Zentrums und der Konservativen“ aufgefaßt werden würde. Der Reichskanzler hat darauf am Freitag sehr zurückhaltend geantwortet:

„Das ist ein sehr starkes Wort, hinter dem sich Machian-sprüche verbergen, die ich nicht anerkennen kann. Die verbündeten Regierungen bringen ihre Vorlagen nach sachlichen Gesichtspunkten ein.“

Der Zentrumsabg. Gröber warnte am Samstag abends dem Reichskanzler, den „alten Grisa pfe!“ die Erbschaftsteuer, ermet zwischen die Parteien zu werfen. Auf diese neue Drohung erwiderte der Schatzsekretär Wermuth, indem er von einer Warnungstafel „Beißstreckung strengstens untersagt“ scherzend sprach, am Samstag sofort:

„Ohne die Steuer, die Ihnen nicht paßt, werden wir niemals die Sanierungsarbeit ins Werk setzen.“

Diese Feststellung einer Tatsache wird von der „Germania“ als Ausdruck einer Konfliktstimmung empfunden. Dabei hat der Schatzsekretär doch nur wiederholt, was sein Vorgänger schon vor 4 Jahren ausgesprochen hat: daß eine allgemeine Nachschütter eine conditio sine qua non ist für das Zustandekommen der Reichsfinanzreform.

Das Zentrum gegen neue Steuern.

Das Zentrum ist gegen eine Erbschaftsteuervorlage, weil sie eine „Bräskierung unserer Reichsfinanzreformparteien“ bedeuten würde. Es ist aber auch gegen alle anderen möglichen Steuerentwürfe. Das spricht die „Germania“ klipp und klar aus in einem Artikel, in dem sie sagt:

Die Frage der Dedung der Wehrevorlagen ist von dem Staatsredner des Zentrums, Abg. Speck, in beachtenswerter Weise zur Erörterung gebracht worden, und es ist dankbar zu begrüssen, daß derselbe zugleich die Frage aufgeworfen hat, ob denn überhaupt neue Steuern dringend nötig seien. In Beantwortung dieser Frage ist der Abg. Speck zu dem Ergebnis gekommen, daß neue Steuern nicht nötig seien, daß vielmehr die Mehrkosten der neuen Wehrevorlage aus den laufenden Einnahmen gedeckt werden können. Der Reichsschatzsekretär Wermuth wird sich begreiflicherweise sehr dagegen sträuben, aber das darf den Reichstag nicht irremachen. Dem deutschen Volk und der Steuerlasten gerade genug auferlegt. Und wenn es sich auch bei den Dedungsvorlagen nur um Vermögenssteuern handelt, so ist doch dabei zu bedenken, daß diese Besitzsteuern nicht allein von den wohlhabenden und reichen Bevölkerungsschichten, sondern zum Teil auch vom Mittelstand getragen werden müßten. Dann kommt noch hinzu, daß doch schließlich nicht ohne Not neue Steuerquellen erschlossen werden sollten, dazu ist es immer noch früh genug, wenn kein anderer Ausweg mehr möglich ist. Als die Reichsfinanzreform geschaffen wurde, da haben die Rechner aller Parteien der Finanzreformfreiheit zum Ausdruck gebracht, daß nun für die nächsten Jahre Schluss ge-

macht werden müsse mit der Steuerbilligung... Wir dürfen wohl erwarten, daß der Reichstag fest bleiben wird und nur dann sich dazu verstehen wird, neue Steuern zu bewilligen, wenn ihre Notwendigkeit als unabweisbar nachgewiesen wird. Der Reichstag wird sich seiner Pflicht, die Wehrmacht des Reiches auf der gebotenen Höhe zu erhalten, sicherlich nicht entziehen, aber auf der anderen Seite hat er auch Pflichten gegen das Volk, dessen Interessen wahrzunehmen er berufen ist.

Herr Wermuth, wie man sieht, erntet schlechten Dank für seine Bemühungen um „unsere Reichsfinanzreformparteien“.

Deutsches Reich.

Der geschäftsführende Ausschuß des Aldeutschen Verbandes, der am Samstag in Berlin zu einer Sitzung zusammengetreten war, hat sich sofort nach Bekanntwerden der Mitteilungen, die Staatssekretär v. Kiderlen-Waechter über seine Unterredungen mit Rechtsanwalt Cloß über Marokko in der vorgestrigen Sitzung des Reichstages gemacht hat, mit diesen Erklärungen beschäftigt und erwidert auf Grund des vorliegenden Materials folgendes:

Die Unterredung zwischen dem Staatssekretär und dem Vorsitzenden des Aldeutschen Verbandes hat nicht wenige Tage vor Agadir stattgefunden, sondern am 19. April 1911. Am 1. Juli folgte eine Unterredung zwischen Rechtsanwalt Cloß und dem Unterstaatssekretär Dr. Zimmermann, da Herr v. Kiderlen-Waechter auf Urlaub gegangen war. Eine weitere Unterredung zwischen Herrn Cloß und dem Staatssekretär hat nicht stattgefunden, also auch nicht eine solche im September vorigen Jahres, von der Herr v. Kiderlen-Waechter im Reichstag gesprochen hat. Nach dem 1. Juli ist keine Unterredung zwischen dem Rechtsanwalt Cloß und dem Auswärtigen Amt mehr gewesen. Gegenüber den sachlichen Ausführungen des Staatssekretärs erklärt der geschäftsführende Ausschuß, daß sie in den entscheidenden Punkten den Tatsachen nicht entsprechen.

Aus Stadt und Land.

Mannheim, 19. Februar 1912.

Unstimmigkeiten im Mannheimer Beamtenverein.

Man schreibt uns: Herr Oberstaatskontrollleur und Stadtverordneter Wels hat kürzlich in Ihrem geschätzten Blatt einen Artikel gegen mich veröffentlicht, auf den ich folgendes zu erwidern gezwungen bin:

1. Es ist eine gänzlich Entstellung der Tatsachen, wenn jetzt die Sache von Herrn Wels so hingestellt wird, als sei ich ihm deshalb gebällig, weil er mich als 1. Vorsitzender des Mannheimer Beamtenvereins abgelöst habe. Zunächst habe ich niemanden, sondern bekämpfe nur jemanden gelegentlich sachlich, wenn dies nottut. Hätte ich Herrn Wels wegen der Uebernahme des Vorstandes, die sicher auch nicht kollegialisch zu nennen war, bekämpfen wollen, so wäre mir während der verfloßenen 7 Jahre genügend Zeit und Gelegenheit geboten gewesen. Ich bekämpfe Herrn Wels jetzt nur aus dem Grunde, weil er seit den letzten Stadtverordnetenwahlen den Mannheimer Beamtenverein und dessen Organ, die Mannheimer Beamtenzeitung, für Zwecke der Wiedervereinigung mißbraucht hat. Wenn er mit seinem juristischen Beirat, Herrn Dr. Simon, der Meinung ist, daß politische Parteien überflüssig sind, so ist das seine Sache — allerdings eine sehr eigenartige! Dabei darf er aber den Mannheimer Beamtenverein und sein Organ nicht in den Dienst seiner Interessenspolitik stellen.

2. Eine große Anzahl Mitglieder des Mannheimer Beamtenvereins aus den verschiedensten Parteilagern teilt diese Ansicht mit mir. Deshalb wurde zur Mitgliederversammlung im Dezember v. J. bei Herrn Wels rechtzeitig der Antrag eingebracht, den geschäftlichen Teil vom Vergütungsteil zu trennen, damit derartige Auseinandersetzungen nicht in der Öffentlichkeit, sondern in der geschlossenen Mitgliederversammlung hätten besprochen und beraten werden können. Dem Antrage wurde nicht stattgegeben. Es wurde dagegen in der mit Konzert verbundenen Mitgliederversammlung, in der mehr Angehörige und sonstige Personen wie Mitglieder anwesend waren, eine sachliche Erörterung der erhobenen Beanstandungen durch kommandomäßiggedes Niederfahren der jeweiligen Redner unmöglich gemacht. Allerdings eine sonderbare Mitgliederversammlung!

3. Hätte Herr Wels meinen Artikel „Zur Abwehr“ gleich in die Mannheimer Beamtenzeitung aufgenommen, dann hätte ich ihn nicht erst durch die Tagespresse dazu zu zwingen brauchen. Es war nicht nur mein gutes Recht, sondern auch eine enste Pflicht, mich gegen den Vorwurf des Schuldnamens auch in der Mannheimer Beamtenzeitung zu wehren, denn diese muß doch in erster Linie wohl den Mitgliedern des Mannheimer Beamtenvereins zur Verfügung stehen.

4. Der etwas konfuse Rechnungsabrechnung des Herrn Wels über die früheren Jahresbeiträge kann ich nicht folgen,

Groß. Bad. Hof- und Nationaltheater in Mannheim.

Nachmittags-Kinder-Vorstellung.

Heute vormittag ging es wieder, wie alljährlich, sehr lebhaft zu. Die Kinder hatten das Recht und füllten den ganzen weiten Theateraum mit ihrer Fröhlichkeit, bunten Aufschlängen führen durch die Luft, Knallertben plätschen in die schönste Märchenwelt hinein und die Kinderquanten begleiteten oft recht lustig, wenn auch nicht stimmungsgeäuß. Aufgeführt wurde „Die goldene Märchenwelt“, eine lose Aneinanderreihung und Verknüpfung der bekanntesten Märchen, gemacht mit wenig Geist; oft zu peinlich für die Erwachsenen und zu wenig spannend für die Kinder. Doch wo die Darsteller sich in All und Wß betätigen konnten, leuchte heller Jubel ein, und dann war es recht fahdungsreich. Gute Laune war bei allen Mitwirkenden vorhanden, ebenfalls bei den kleinen Kostümierten und nicht kostümierten Herrschaften im Zuschauerraum und so umschlang die Harmonie des Vergnügens alle.

Kunst, Wissenschaft und Leben.

Wie die Cavalleria rusticana komponiert wurde.

Die römische Tribuna veröffentlicht bisher unbekannt Einzelheiten aus dem Leben Mascagnis, aus denen hervorgeht, daß die erfolgreichste Oper des Komponisten, die Cavalleria rusticana, unter Umständen geschaffen wurde, die leicht die Inspiration und die Arbeitskraft eines Künstlers gelähmt hätten. Mascagni, der damals noch in sehr bescheidenen Verhältnissen lebte, wollte die Cavalleria Vergas in Rußland sehen, um an dem von den bekannten Musikverlegern Sonzogno ausgeschriebenen Wettbewerb teilzunehmen. Die Zeit war schon sehr weit vorgeschritten und die Librettisten Targioni und Renacci mühten über Arbeit in größter Eile verrichten, damit der Termin zu dem Wettbewerb noch eingehalten werden könne. Mascagni wollte damals in Cerignola und bekam das Libretto nur bruchstückweise in die Hände: in der Tat schickten

ihm die beiden Librettisten sogar auf Postkarten geschriebene die bei der Geharbeit fertiggestellten neuen Szenen. Dieses stückweise Eintreffen des Textes war natürlich wenig geeignet, die Inspiration des damals ohnehin skeptischen und deprimierten Mascagni hervorzuloden. Er begann auch erst zu komponieren, als er die letzte Postkarte seiner Herren Librettisten erhalten hatte, und das erste, was sich seiner Phantasie aufdrängte, war die musikalische Gestaltung der Schlussszene. Zur Arbeit setzte er sich erst, als ihm bei der Deküre des ersten Chores das starke Gefühl überkam, hier einen seinem Wesen verwandten Text unter den Händen zu haben. Die ersten Ideen waren ihm am Nachmittage gekommen, am dem Wege zu einer Stunde, die er zu erreichen hatte. Als er heimkam, erklärte er seiner Frau, er werde sich die Nacht wohl um die Ohren schlagen müssen, um zu komponieren. Am nächsten Morgen sollte er schon früh zu einer Stunde aufstehen. Aber das Schicksal türnte neue Hindernisse: gerade in dieser Nacht, am dritten Februar 1888, gab Frau Mascagni einem Kinde das Leben; der neugeborene Vater mußte seine Partitur auf vierundzwanzig Stunden beiseite legen. Mascagni besaß kein Klavier und mietete sich sofort ein altes Instrument. Das traf gerade an dem Tage ein, als das Kind getauft wurde. Und dabei rückte der Termin für den Schluß des Wettbewerbes immer näher. Unmittelbar nach der Taufe eilte Mascagni ins Nebenzimmer, wo das toedene eingetroffene Mietklavier aufgestellt war und begann sofort mit der Arbeit. Sie war eine einzige, ruhlose Ekstase; als der Komponist schließlich das Wort Ende auf das letzte Notenblatt schreiben konnte, war er völlig erschöpft und in diesem Zustande verließ ihn auch Vertrauen und Zurecht. Er hatte kein Zutrauen zu der geleisteten Arbeit und die Steptis ging so weit, daß er das Manuskript garnicht einreichen und auf die Teilnahme an dem Wettbewerb verzichten wollte. Mit Mühe und Not gelang es seiner Frau, den zweifelnden Komponisten drei Tage vor dem Ablauf der letzten Frist zur Abendung der Partitur zu bewegen. Frau Mas-

dem bald spricht er von M. 1.15, bald von M. 1.60. Als Tatsache möchte ich hier feststellen, daß in der Mitgliederversammlung vom 11. Dezember 1904 beschlossen wurde, M. 1.— Jahresbeitrag zu erheben. Ausgeführt wurde dieser Beschluß aber niemals. Außerdem sollten noch monatlich 15 Pfg. für die Zeitung erhoben werden. Aber auch diese können mir bis zur nächsten, kurze Zeit danach haltgehabten außerordentlichen Mitgliederversammlung erhoben worden sein, denn in dieser wurde jener Beschluß wieder aufgehoben. Somit kommt die Behauptung des Herrn Wels, jedes Mitglied habe unter meiner Leitung an Geschäftsunkosten M. 1.15 bzw. M. 1.60 bezahlen müssen, einer Täuschung gleich. Wenn aber der unter meiner Leitung gefasste Beschluß wirklich durchgeführt worden wäre, so sollten diese Beträge den Mitgliedern in Form von Jahres-Dividenden wieder zugute kommen und nicht als Geschäftsunkosten verwendet werden. Außerdem hätte man dadurch ein Mittel an der Hand gehabt, den Mitgliederstand jederzeit genau feststellen zu können.

5. Wie notwendig aber jener Beschluß war, die Mitglieder durch Jahresbeiträge zum Sparen heranzuziehen, beweisen die Ausführungen des Herrn Wels selbst, daß von 4000 Mitgliedern im verflochtenen Jahre rund 1300, also etwa 1/3 sämtlicher Mitglieder, überhaupt nicht abgeholt haben. Diese 1300 Mitglieder stehen also in dem denkbar losesten Zusammenhang mit dem Verein, sind entweder gar nicht mehr Vereinsmitglieder oder bestehen vielleicht nur noch Nebl, Fett oder Kartoffeln, welche letztere übrigens nicht einmal auf Rechnung des Vereins vermittelbar worden sein sollen.

6. Auch das Sammeln von Inseraten für das Referatens-Berichtsblatt ist durchaus kein besonderes Verdienst des derzeitigen Herrn Vorsitzenden, denn das haben ich und meine Vorgänger gerade so gut gemacht wie er, ohne davon ein besonderes Aufsehen zu machen. Bisher möchte ich noch darauf hinweisen, daß ich dem Herrn Oberstationskontrollleur und Stadtverordneten Wels auf das Gebiet der geschäftlichen Polemik, wie er es in seinem Artikel anzuwenden beliebt hat, nicht folgen werde. Aber allen jenen, die Herrn Wels und mich genau kennen, darf ich es ruhig überlassen, sich ein Urteil über uns beide zu bilden.

Vogel, Oberstationskontrollleur.

* Vom Hofe. Der Großherzog fuhr Samstag vormittag im Automobil nach Straßburg und trat von dort mit dem Schnellzug die Reise nach Schloß Berg in Luxemburg an. Den Anlaß der Reise bildet der bedenkliche Zustand des schwer erkrankten Großherzogs von Luxemburg, des Bruders der Großherzogin Olga.

* Ordenauszeichnungen. Der Großherzog hat dem Bankier Gottfried, genannt Friß Cohen in Brüssel, das Ritterkreuz I. Klasse des Ordens vom Heiligen Vinnen verliehen. — Der Großherzog hat weiter dem Gartenbauingenieur Friedrich Trahe-Mannheim die Erlaubnis zur Annahme und zum Tragen des Ritterkreuzes des Königl. Belgischen Kronenordens erteilt.

* Ein neuer Sitzzug soll nach dem vorliegenden 1. Entwurf des Sommerfahrplans auf der Schwarzwaldbahn verkehren und zwar ein Frühzug, der in Mannheim um 3.10 Uhr, in Karlsruhe nach 1/2 Uhr, in Offenburg 5.37 abgeht und bereits 9.40 Uhr Konstanz erreicht, wo er nach Anshaus nach Drogen, Felskirch, Innsbruck etc. fährt. Diese Verbindung bestand schon in früheren Jahren (1907 bis 1910) und war erstmals 1911 im Sommer aus Ersparnisgründen in Wegfall gekommen. Der früher verkehrende Sitzzug 106 bildete einen direkten Anschluß an den 1.39 Uhr in Stuttgart, 2.57 damals in Pforzheim abgehenden Sitzzug 109 und traf schon 3.14 in Konstanz ein; er führte dritte Wagen Amsterdam-Innsbruck. Der neue Zug, der allerdings später verkehrt, ermöglicht insbesondere den Mannheimern, Heidelbergern und Pforzheimern Touristen in einem Tage den Bodensee, Rheinfall und sowie Südschwarzwalde einen ausgiebigen Besuch abzustatten, denn sich mehrstündige Wanderungen gut angliedern lassen.

* Das Verlangen der Eisenbahnverwaltung nach einer Erhöhung der Fahrpreise ist von jezt ab auch im Verkehr mit den Beständen des Südafrikanischen Bundes (Kapland, Natal, Orange-Freistaat, Transvaal), bei denen Telegramm-Versanddienst besteht, zugelassen. Die besondere Bestellsgebühr von 30 Centimes = 25 Pfg. ist neben dem gewöhnlichen Porto vom Absender zum vollen Betrag im voraus zu entrichten.

* Postfahrverbindung mit Dänemark. Auf der Linie Warnemünde—Hefter haben auch die Jahrschiffe der Nachtverbindung, aus Hefter am 16. Februar 12.14 nachts und aus Warnemünde 3.32 früh, ihre Fahrten planmäßig ausgeführt. Der Fahrbetrieb ist damit in vollem Umfange wieder aufgenommen.

* Lotteriegenehmigung. Dem Landeslotterieverein im Großherzogtum Hessen wurde die Genehmigung zum Betrieb von je 8000 Lose zu 1 Mark der beiden von ihm anlässlich des Frühjahrs- und des Herbstspardemarsches 1912 veranstalteten Verlosungen von Pierden und Gebrauchsgegenständen im Gebiet des Großherzogtums Baden unter den üblichen Bedingungen erteilt.

* Hausierende Chinesen. Wie wir bereits mitteilen, wurden vor Kurzem 4 Chinesen wegen Hausierhandels ohne Wander-

cogni selbst trug, den Kopf mit einem Schawl umhüllt, unter strömendem Regen das kostbare Paket zur Post. Auf dem Wege begegnete sie dem Kapellmeister Reale; da sie völlig durchnäht war, überredete er sie, einzutreten in einen Hausflug zu treten; der Kapellmeister übernahm es selbst, das Paket auszugeben. Jedoch als er von der Post zurückkehrte, fand er Frau Radocani im Regen wieder mitten auf der Straße stehen; ihre Unruhe legte sich erst, als sie die Poststation in der Hand hatte. Zu Hause zeigte sie Radocani das Formular und er meinte: „Wenn ich mich blamiere, ist es Deine Schuld.“ Er war so mutlos, daß er an Puccini schrieb und ihn bat, ihm einige Stunden zu verschaffen, damit er, Radocani, ein wenig abgekühlt würde. Einige Wochen später kam der Triumph . . .

Einer, der ohne seine Frau nicht leben kann.

Der Münchener Schauspieler Gustav Waldau, der im Herbst sein Engagement am Wiener Hofburgtheater antreten sollte, hat sich in einem Schreiben an Direktor Berger mit der Bitte gewendet, ihn seiner Verpflichtung gegen das Burtheater zu entbinden. „Ich bin“, heißt es in dem Briefe, „zur bestimmten Erkenntnis gelangt, daß ich ohne meine Frau nicht leben kann, daß ich vor allem ohne sie jene innere atmosphärische Friedenheit nicht hätte, ohne die ein gutes unheimliches Arbeiten nicht möglich wäre.“ Waldau's Gattin hätte infolge ihrer Verpflichtung in München bleiben müssen. Baron Berger wird nun dieses Gesuch bei den höheren Behörden bekräftigen und die Münchener freuen sich, Waldau nicht verlieren zu müssen.

Kleine Mitteilungen.

Aus Berlin wird uns berichtet: Unter zahlreicher Beteiligung wurden gestern zwei Gedenksfeiern abgehalten. Zur Gedächtnisfeier des beimogangenen Josef Ettlinger hatten sich die Mitglieder der „Neuen Freien Volksbühne“ im Neuen Volkstheater eingefunden. Für den jüngst verstorbenen badischen Schriftsteller Hermann Bang fand eine Gedenksfeier im Deutschen Theater statt.

gewerblich verhaftet, nach einer Verwarnung aber ohne Strafe wieder entlassen, werden desselben Deliktes aber kurz darauf zum zweiten Male verhaftet und zu je 4 Wochen Gefängnis verurteilt. Da es bei der Verhandlung an einem Dolmetscher fehlte, haben die 4 Söhne der Witte ihre Situation und Strafe wohl nicht recht begriffen und, ins Gefängnis zurückgeführt, versuchten sie durch die ziemlich überoll verständliche Geismensprache sich Ausflucht zu verschaffen. Einer der Inhaftierten gab dem Aufseher gegenüber seiner Wühlgierde durch eine fragende charakteristische Gebärde Ausdruck, indem er mit der rechten Hand vom Genick bis an die Gurgel fuhr. Der Aufseher überlegte diese Gebärde auch ganz richtig und suchte dem Fragenben sachend begreiflich zu machen, daß es „noch nicht den Kopf losste“, was von den Wühlgierden auch verstanden und mit schillerlicher Freude aufgenommen wurde. Sie hatten eben chinesische Justiz mit der in unserm guten Deutschen Reiche veranschaulicht.

* Festgenommen wurden am 18. Februar 2 Mannes- und 1 Frauenperson wegen Betrugs. Sie haben gemeinschaftlich in der Weise betrogen, daß von ihnen ein höheres Geldstück zum Wechseln übergeben und während 2 Personen den Wechsel besaßen, die dritte das Wechselgeld mit dem übergebenen Geldstück an sich nahm und verschwand. Da anzunehmen ist, daß hier noch eine Anzahl Personen auf diese Weise geschädigt wurden, werden diese gebeten, auf dem Bureau der Kriminalpolizei (Schloß) Anzeige erlassen zu wollen.

Vereins-Nachrichten.

* Verein für Volksbildung. Im zweiten Vortrag über „Friedrich den Großen“, der wieder im dichtbesetzten Rathausaal stattfand, behandelte der Redner, Herr Professor Dr. Kämpel, in seiner klaren, prägnanten Weise die Kronprinzenzeit des alten Preußens und schilderte, wie die Erziehung vor allem darunter litt, daß seine Eltern sich häufig geradezu entgegenarbeiteten. Der strenge, oft grausam harte Vater wollte in bester Absicht besonders den späteren Thronfolger zu einem ordentlichen, disziplinierten, militärisch strammen und ausdauernden Menschen machen, wie er selbst einer war. Dabei verkannte er völlig den Wert und die Berechtigung geistigen und körperlichen Genusses, der Friedrich II. von seiner Mutter und besonders der Großmutter Sophie Charlotte angeboren war. Zum Unglück suchte die Mutter, eine feingebildete hannoveranische Prinzessin, die sich in Berlin nie wohl fühlte, die Kinder zu sich herüberziehen. Es war buchstäblich ein Kampf zwischen den Ehegatten um die Seele und Liebe ihrer beiden erstgeborenen Kinder, Friedrich und Wilhelmine. Wenn der in der Jugend etwas lässige, weiche, gemütsfähige Friedrich zumeist, ist leicht zu erraten, und noch bei seinem miltigenen Ausbruch als 17jähriger Prinz handelte er so unreif, so unüberlegt, daß die Folgen jedenfalls ganz andere gewesen wären, als er sich getraut hatte. Diese Flucht und die grausam harte Behandlung nachher bewirkten eine vollständige Wendung in dem Verhalten Friedrichs. Gehorjam in allen Stücken hat er dem erzürnten Vater dann versprochen und auch gehalten. Selbst als er zu der ihm völlig widerlichen Hochzeit mit der Prinzessin Elisabeth Christine von Braunschweig-Bevern gezwungen wurde, klagte er nur seinem Freunde, dem General Gramow, seine Abneigung. Kein Wunder, daß diese Ehe mit der braven, stillen unantastbaren, aber etwas naiven, vielköpfigen frommen Fürstin nicht glücklich wurde. Von der Hochzeit an beschäftigte er sich mit Literatur und Philosophie; besonders legte er ihm Stolz und Trost geworden. Eine feste, einheitliche Weltanschauung hatte er aber nicht. Erst war er ein Anhänger der Leibniz'schen Philosophie, wie sie von Christian Wolff populärisiert wurde; später wandte er sich der mehr materialistischen Philosophie John Locke's zu, wie sie Voltaire interpretierte. Der Einfluß beider Richtungen ist deutlich bemerkbar in seinen späteren Handlungen. Den Glauben an die Vorbestimmung des Menschen, an die vernunftmäßige Ordnung der Dinge durch ein Urwesen der Vernunft gab er nie auf, wenn er auch beim Ausnutzen des Augenblicks und der Verhältnisse später mehr der realistischen Denkart Locke's huldigte. Ja, diese ideal-praktische Weltanschauung legte er schon in einer mit 19 Jahren verfaßten Schrift nieder, wo er zu dem nüchternen, weitwirkenden Resultat kommt, daß das Ziel des preussischen Staates, der eine große Rolle zu spielen berufen sei, in der Zusammenfassung und Abwandlung der alten Gesellschaft mit den Nachbarstaaten bestehe. Glaube an die Gerechtigkeit und eigenes Zugreifen sind die Grundlagen seiner Lebensauffassung. Wie er das ausführte, wird in den nächsten Vorträgen gezeigt.

Neues aus Ludwigshafen.

* Unglücksfälle etc. Der 70 Jahre alte Fabrikarbeiter Nicolaus Reinhardt stürzte gestern nachmittag die Treppe des diesseitigen Bräudenaufgangs hinunter und zog sich eine sehr schwere Kopfverletzung zu. Er wurde in bewußtlosem Zustand ins städtische Krankenhaus gebracht. — Der 13 Jahre alte Sohn des Mannes des Adlers Jans von Friesenheim stürzte am Samstag

Die bänische Schauspielerin Anna Larsen, die sich selber als Darstellerin lebenslustiger Frauen einen Namen gemacht hat, ist vor einiger Zeit zur Heilsarmee übergetreten und hat die Bühnenlaufbahn aufgegeben. Sie veranlaßt jetzt in Skandinavien große Versammlungen, in denen sie die Geschichte ihrer Bekehrung vorträgt.

Ein neuer Rembrandtfund soll wiederum gemacht worden sein. In Maidenhead an der Themse soll ein längst verloren geglaubtes Gemälde von Rembrandt entdeckt worden sein, das unter dem Namen „Der Rattenstier“ bekannt war. Es befindet sich jetzt in den Händen eines Herrn A. Boulting. Die Londoner Experten, die das Bild prüften, haben es für echt erklärt. Rembrandt soll das Bild um 1630 herum gemalt haben, als er 24 Jahre alt war. Eine im Britischen Museum befindliche Radierung ist eine genaue Kopie des Oelbildes. Das Gemälde mißt 39:48 Zoll. Der jetzige Besitzer hat ein Angebot von 80000 M. abgelehnt.

Einen guten Zimmermann bilden die Mehrfarbenbildende und Photokunstblätter, die der Kunsthändler Hermann Kuoedel-Frankfurt a. M. in verschiedenen Monatsstellungen und nach berühmten Gemälden herausgibt. Der Verlag war bei Herausgabe dieser Kunstblätter beschränkt nur solche von wirklich bedeutendem Werte den weltlichen volkstümlichen Kreisen zugänglich zu machen. Der Preis für Kuoedel's Photokunstblätter beläuft sich bei einer Bildgröße von 42-60 Zentimeter und einer Kartengröße von 61-77 Zentimeter auf nur 6 M. Ganz besonders hervorheben möchten wir, daß unter den Photokunstblättern auch eines enthalten ist, das unseren künstlerisch anspruchsvollen Lesern in der Kunst des Wasserzeichens darstellt. Für die bevorstehende Konfirmation gibt es wohl kein schöneres Geschenk als das Kunstblatt „Christus am Kreuz“, das eine Partie in der Wiedergabe und eine Weisheit der Dichtung enthält, die geradezu traumhaft. Da der Preis der Kunstblätter so niedrig gehalten ist, kann sich jedermann sein Heim mit Meisterwerken schmücken. Auftragsaufgabe und Prospekt, wie auch alle Kunstblätter können durch jede Buch- und Kunsthandlung oder direkt vom Verlage bezogen werden.

Theater-Notiz.

Wednesday, den 21. ds. geht Paul Apell Komödie „Hans Sonnenstöhers „Höllensahrt“, die sechsen den Banern-Jahrespreis erhielt, zum 4. Male in Szene.

nachmittag vom Scheunengebäl herab in die Scheune und erlitt eine schwere Kopfverletzung.

* Komödie. Der verheiratete, 30 Jahre alte Tagner Otto Käfer, ein bekannter Revident, verübte am Samstag nachmittag in der Wohnung seiner Mutter in der Schmalengasse einen heillosen Stambul. Er schlug alle Möbel zusammen. Schließlich warf er der alten Frau das Küchengestell auf den Rücken und goß ihr zwei Kübel Wasser über den Kopf, jedoch sie völlig durchnäht war. Ferner bedrängte er sie mit dem Messer. Die Polizei mußte dem Unsiß ein Ende machen.

* Eine große Betriebsstörung der Straßenbahn entstand heute früh 5.40 Uhr bis 7.05 Uhr am Bräudenaufgang. Die Weiche funktionierte nicht. Der Betrieb mußte deshalb einseitig geführt werden, bis die Weiche wieder intakt war.

Aus dem Großherzogtum.

B.C. Pforzheim, 18. Febr. In der vergangenen Nacht sind im Borsvic Wödingen wiederum 2 Wohnhäuser und 1 Scheune abgebrannt. Das Feuer brach gegen 11 Uhr in dem Anwesen des Wäldermeisters Karl Göb aus und griff auf die dahinter liegende Scheune des Blumenwirts Hermann Bach über, in der der Landwirt Wilhelm Klittich einen größeren Getreidevorrat aufbewahrt. Weiter legte das Feuer die anstoßenden Gebäulichkeiten des Gottlob Bayer in Brand. Der Gebäudeschaden wird lt. „Pforz. Anz.“ auf ca. 25000 Mark geschätzt. — Bei dem Brande kam es auch zu einer schweren Ausschreitung. Der Schatzmann Stoll erhielt von dem Goldarbeiter Hermann Kneisem bei Ausübung des Aufperrungsbedienstes hinterlistigerweise drei Messerstücke in die linke Körperteile. Die Verletzungen sind schwerer Natur, da die Lunge getroffen wurde. Der Verletzte fand Aufnahme im Krankenhaus, der Täter wurde verhaftet.

B.C. Sommerau, 18. Febr. In der Angelegenheit des Todesfalles des Schmiedemeisters Bisinger hier scheint doch nicht alles ganz glatt zu sein, wie von verschiedenen Seiten behauptet werden will. Darauf läßt der Umstand schließen, daß die Untersuchung immer noch weitergeführt wird. Insbesondere bestehen nach dem Tatorbefund und verschiedenen verdächtigen Umständen starke Zweifel an einem reinen Unglücksfall. Nach dem Sektionsbefund der Leiche ist Tothschlag ausgeschlossen. Nicht unmöglich ist aber, daß der Mann zu Boden geworfen worden ist.

B.C. Unterlirnach, 18. Febr. In dem Sägewerk von August Weha brach in vorsepter Nacht Feuer aus, das mit solcher Schnelligkeit um sich griff, daß nach verhältnismäßig kurzer Zeit das Sägewerk mit allen maschinellen Einrichtungen, das anstoßende Wohngebäude und große Holzvorräte eingeschmiedert wurden. Der Schaden beträgt 25000 M.

B.C. Radolfzell, 18. Febr. Die Gendarmen war vorgestern benachrichtigt worden, daß mit dem gestrigen Frühzuge vier Sacharinsmuggler entwischt würden. Die Schmuggler besaßen sich auch in dem Zuge, doch war es nicht möglich, zwei derselben festzunehmen, da es den andern gelang, zu entfliehen. Die Verhafteten waren ganz mit Sacharin ausgestopft.

Pfalz, Hessen und Umgebung.

* Neustadt a. S., 15. Febr. Durchgebrannt per Bahn sind gestern früh zwei 13- bzw. 14jährige Wirtshauskinderinnen von hier, die 1899 geborene Elise Kühner, Tochter von Friedrich Kühner in der Rathausstraße, und die 1898 geborene Barbara Freitag, Tochter von Michael Freitag aus der Hintergasse. Sie hatten in der Schule von anderen Kindern einige Gegenstände, die diese liegen ließen, weggenommen und brannten nun aus Furcht vor Strafe durch. Das Geld zur Reise hatte die kleine Freitag dadurch beschafft, daß sie sich solches auf zwei Wägen, wo ihre Mutter Stundenarbeit verrichtete, auf deren Namen geben ließ. Die Reise sollte, wie die Mädchen sagten, nach Mey gehen, doch wurden die beiden jugendlichen Kradfahrerinnen gestern abend in Kaiserlautern wieder aufgegriffen und nach hier zurückgebracht.

Gerichtszeitung.

§ Mannheim, 14. Febr. (Strafkammer IV.) Vorsitzender: Landgerichtsrat Dr. Hanemann.

Der 61 Jahre alte Händler Ludwig Emmerich aus Seebim wird wegen des Versuchs eines Vergehens nach § 176 Ziff. 3 Str.-G. zu einer Gefängnisstrafe von zwei Monaten verurteilt.

Der 22 Jahre alte Tagelöhner Johann Böhl aus Hinstenau hat dem Fabrikarbeiter Georg Urmann, seinem Stubenkameraden 100 Mark bar, einen Ring, Reisetische u. a. gestohlen. Urteil: 6 Monate Gefängnis.

* Mannheim, 15. Febr. (Strafkammer I.) Vorsitzender: Landgerichtsdirektor Schmitt.

Der 30 Jahre alte Tagelöhner Johann Friß aus Olla gehört zu den Stammgästen des Gerichts. Nachdem er seine letzte Buchausstrafe hinter sich gebracht hatte, kann er sofort nach, wie er wieder in Staatsverschon kommen könne. Am 12. Januar dieses Jahres löste er einen dem Händler Andreas Rothweiler gehörigen Hund an sich und verkaufte ihn auf dem Pferdemarkt um 3 M. Diesmal kommt er mit einer gelinden Strafe davon. Es wird auf 5 Monate Gefängnis erkannt und er weiter der bürgerlichen Ehrenrechte auf drei Jahre verlustig erklärt.

Die Firma Wertheimer u. Weil in Mannheim führte im Sommer 1910 gegen den Schmied Johann Friß in Wiebelsrieden, der damals eine Wähe betrieb, vor dem Landgericht Mannheim 2. Kammer für Handelsachen, einen Prozeß wegen einer Forderung von 3000 M. für Lieferungen an Mehl und Kleie. Friß ließ ein Verkaufsurteil gegen sich ergehen, veranlaßte aber dann die Wiederherstellung des vorigen Standes und brachte eine Leistung über 1400 M., die aber der Teilhaber der klagenden Firma, Eugen Weil, nicht anerkannte, da nur 400 M. bezahlt worden seien. Die Leistung sei gefällig. Friß wurde darauf wegen Urkundenfälschung angeklagt. Er erklärte sich heute als nichtschuldig. Er habe Eugen Weil die 1400 M. bar auf den Tisch gezahlt und seine Frau sei dabei gewesen. Frau Friß bestätigte als Zeugin diese Angabe ihres Mannes.

Weil führte als Zeuge zum Beweise dafür, daß die Leistung nicht echt sei, u. a. vor, daß in seinen Notizbüchern nirgends die Summe von 1400 M., wohl aber eine solche von 400 M. vermerkt sei, daß Friß mehrmals Buchauszüge erhalten habe, in denen stets die Summe 400, aber nie der Betrag von 1400 M. erschien, ohne daß Friß eine Beanstandung erhob. Als Schriftsachverständiger war Gerichtschemiker Dr. Bobb aus Frankfurt a. M. geladen. Er sagte, daß die Biffer 1 mit einem andern Tintenstift geschrieben worden sei, als die übrigen Biffern und dann seien diese letzteren Biffern mit jenem Stift „übermal“ worden. Der eine der beiden Tintenstifte schreibe rötlich-violett, der andere bläulich-violett. Die Verteidigung (R. W. Dr. Sirschler) meinte, wenn man sich so eingehend mit dem Schriftstück beschäftigen könnte, wie es der Sachverständige getan, man ebenso viel Punkte finden würde, die gegen eine Fälschung sprächen, als der Sachverständige für eine solche angeführt habe. Der Angeklagte erwiebe einen guten Ruf und die Tat sei ihm nicht zuzutrauen. Auch sei er wohl in der Lage gewesen, zur kritischen Zeit 1400 M. zu bezahlen. Das Gericht konnte sich von der Schuld des Angeklagten nicht überzeugen und sprach ihn frei.

Stimmen aus dem Publikum.

„Mannheimer Theaterbegeisterung.“

Auf den Artikel in Nr. 77 des General-Anzeiger sei folgendes erwidert: Es ist wohl zu bebauern, daß die letzte „Mäuser“-Aufführung so schlecht besucht war. Immerhin darf man nicht unbedacht lassen, daß gerade die „Mäuser“ zwei oder drei Mal kurz hintereinander aufgeführt wurden und ist es aus diesem Grunde wohl kaum zu erwarten gewesen, wiederum ein ausverkauftes Haus zu erhalten.

An anderer Stelle wurde schon öfters erwähnt, daß auffallender Weise die klassischen Dramen gerade etwas vernachlässigt werden und in die wenigen kommt keine Abwechslung. Das Mannheimer Theaterpublikum wartet schon lange auf eine Aufführung von z. B. Pielso, Osmont, Wallenstein, Jungfrau von Orleans etc. etc.

Offentlich kommt nächstens auch einmal eines der genannten Stücke zur Aufführung und es ist zu erwarten und sehr zu wünschen, daß die verehrte Intendanz dann keine so traurigen Erfahrungen in Hinsicht auf den Theaterbesuch macht, wie der Einsender des betr. Artikels in Nr. 77 meint.

Einer im Namen vieler begeisteter eifriger Mannheimer Theaterbesucher und -Besucherinnen.

Letzte Nachrichten und Telegramme.

aus dem Bezirk Schwellingen, 19. Febr. Heute vormittag gegen 10 Uhr brach der 55 Jahre alte Maurer Karl Blich infolge eines Schlaganfalls in seiner Wohnung zu Schwellingen zusammen und war sofort tot. — Der in den 50er Jahren stehende Landwirt August Ries, Besitzer des „Bad. Hofes“ in Friedrichsfeld, kam auf der Edingerlandstraße am Samstag in dem Augenblick, als er einem entgegenkommenden Automobil ausweichen wollte, unter sein Fuhrwerk und trug dabei schwere Kopfverletzungen davon. — In Hohenheim wurde vorgefunden der Zigarrenfabrikant August Kofel unter der Beschuldigung eines Sittlichkeitsverbrechens verhaftet und ins Untersuchungsgefängnis nach Mannheim verbracht.

Berlin, 19. Febr. Der Kaiser ist aus Kiel hier wieder eingetroffen.

Schloß Berg, 19. Febr. Ein heute vormittag ausgegebenes Bulletin besagt: Infolge der Schuldverhältnisse ist die Raubzugfahrt beim Großdeuzog noch immer erschwert, jedoch der Kräfteverial und die Bewirtschaftung vorangetrieben. Welche Temperatursteigerung sowie Anzeichen hören die Raststraße. Die Verhältnisse sind befriedigend. Die Pange zeigt keine weiteren Erscheinungen. Auch andere weitere fruchtlose Veränderungen sind nicht zu konstatieren. Das Bulletin ist von drei Ärzten unterschrieben.

Luzernburg, 19. Febr. Wie das „Luzerner Wort“ meldet, erschickte gestern abend in Kümelingen ein italienischer Arbeiter aus Eifersucht einen Landmann. Dasselbe Blatt meldet aus Dietrich: Als die Gendarmen heute morgen zwei an einem Streit beteiligte Brüder Wagner festnehmen wollten, gingen die beiden mit Äxten auf die Beamten los. Ein Gendarm gab einen Revolverstoß ab. Der eine der Brüder, ein 35jähriger junger Mann, wurde auf der Stelle getötet.

Budapest, 19. Februar. Abgeordnetenshaus. Der Präsident Radog widmete Nehrenthal einen warm empfundenen Nachruf und beantragte, daß das Haus der Witwe Kondolenz und das Beileid protokolllarisch bezeige, und sich an der Beichenfeier beteilige. Der Ministerpräsident Graf Khuen drückte das tiefste Beileid der Regierung aus und beantragte, daß das Abgeordnetenshaus am Tage der Beichenfeier zum Zeichen der Trauer keine Sitzung abhalte. Es erfolgte einstimmige Zustimmung.

Die Erstwahl in Lahe. (Von unserem Katzebrücker Bureau.)

Karlruhe, 19. Febr. Wie uns von gut unterrichteter Seite mitgeteilt wird, wurde gestern nachmittag in einer Vertrauensmännerversammlung der Fortschrittlichen Volkspartei in Kriesheim der Justizinspektor Dink aus Gundelfingen bei Freiburg als Kandidat der Fortschrittlichen Volkspartei für den Kreis Lahe für die Erstwahl am 2. März aufgestellt.

Der Eschbach rüftet wieder.

M. Köln, 19. Febr. Die „Köln. Zig.“ meldet aus Teheran: Der frühere Schah soll die Pensionsoverträge zurückgewiesen und erklärt haben, er marschiere im Frühjahr mit einer großen Truppenmacht nach Teheran, um den verlorenen Thron zurückzuerobern. Die Mächte würden dann ebenso neutral bleiben, wie vor drei Jahren. Sein Volk rufe ihn zurück. Tatsächlich rühren sich schon die alten Anhänger des Schahs. Ihre Hauptführer wurden gestern verhaftet.

Ein Meteor.

Erfurt, 19. Febr. (Priv.-Tel.) Gestern nach 1/2 Uhr wurde von hier aus am nordöstlichen Himmel ein Meteor von ungewöhnlicher Lichtstärke beobachtet, das mit großer Geschwindigkeit niederging. Drei Minuten darauf vernahm man ein starkes donnerartiges Rollen. Viele Leute, die das Meteor nicht gesehen hatten, glaubten einen Erdstoß zu verspüren.

Unter Mordverdacht verhaftet.

Berlin, 19. Febr. In Jitta in Sachsen ist ein schwerer Erdstöß verhaftet worden, der im dringenden Verdacht steht, der Mörder der Familie Schulze in der Alten Jakobstraße in Berlin zu sein. In seinem Besitz wurden zahlreiche Wunden und Ringe gefunden, die anscheinend aus dem Juwelierladen des Ermordeten stammen.

Berliner Drahtbericht.

(Von unserem Berliner Bureau.)

Eine bedeutsame Erklärung der Konservativen.

Berlin, 19. Februar.

Im Reichstag gab Herr v. Bülow für die konservative Fraktion folgende Erklärung ab: „Mit Rücksicht auf die Ausführungen des Schahsekretärs habe ich im Antrage meine Fraktion zu erklären, um Mißverständnisse zu vermeiden, daß wir auf unserer ablehnenden Haltung mit Entschiedenheit beharren und uns davon nicht werden abbringen lassen.“ Der konservative Redner beschäftigt sich dann noch mit der politischen Lage.

Darauf erwidert das Wort der natl. Abg. Dr. Paasche, der es als ein wertvolles Geständnis bezeichnet, daß die Konservativen erklären lassen, unter keinen Umständen für eine Erbschaftsteuer zu sein, die sie heute noch gar nicht kennen.

Eine Ansprache des Kaisers.

Berlin, 19. Febr. (Von unserem Berliner Bureau.) Bei der Festfeier im Schloße zu Kiel nach dem Stapellauf des

Linien Schiffes „Prinzregent Luitpold“, hielt der Kaiser eine Ansprache, deren Wortlaut dem Lokalanzeiger wie folgt mitgeteilt wurde: Ich heiße Eure Königl. Hoheit und die Prinzessin Therese von Herzogen hier willkommen und bitte Eure Königl. Hoheit, der Dolmetsch von mir und meiner Marine bei Sr. Königl. Hoheit sein zu wollen für die große Ehre, die er derselben erwiesen hat durch die Erlaubnis, daß eines der neuesten Linien Schiffe seinen erlauchten Namen tragen und daselbe durch seine Tochter die Taufe empfangen darf. Eurer Königl. Hoheit marstige Rede hat uns alle mit hoher Freude erfüllt. Wenn ich aus derselben einen Satz herausgreifen darf, so will ich den Wahlspruch nennen, der unter dem Wappenschild am Bug des „Prinzregenten Luitpold“ prangen soll: In Treue fest! Es soll eine Mahnung sein den Offizieren und der Besatzung des Schiffes, alle ihre Kräfte einzusetzen in den Dienst des Vaterlandes, zu seinem Schutz und zur Erhaltung seiner fleckenlosen Ehre und Freiheit. Er soll der Welt die Festigkeit des Reiches in Erinnerung bringen. Wer in seinem Leben sich mit Kunst beschäftigt hat, kennt das herrliche Material der Rosakunst und lernt die wunderbaren Bilder, welche aus ihm gefertigt werden, schätzen und bewundern. Von ferne sieht er ein farbenprächtiges Gesamtbild vor sich. Tritt er hin, so wird er gewahr, daß das Kunstwerk aus lauter einzelnen Steinchen zusammengesetzt ist, welche von verschiedenen Formen und Farben von individuell sich geformten Steinen gebildet wird.

So ist es mit unserem Reich, von ferne als mächtiges Ganzes wirkend, ist es zusammengesetzt aus einzelnen Stämmen, stolz auf ihre Eigenart und trenn anhängend an ihre angeklammerten Fürstenthümer, deren buntenfarbigen Schmuck sie Jahrhunderte lang gefolgt sind. Festgeschart sind alle zum Schutze des deutschen Reichspanners. Heute gilt mein Trinkspruch dem ältesten und ehrwürdigsten dieser deutschen Bundesfürsten, ein Vorbild in Treue zu Kaiser und Reich. Den Prinzregenten Luitpold wolle Gott segnen und schützen zum Heile Bayerns und des ganzen deutschen Vaterlandes. Der Prinzregent lebe hoch!

Die Bündlerparade.

Berlin, 19. Febr. (Von unserem Berliner Bureau.) Auf der heutigen Tagung des Bundes der Landwirte wurde folgende Resolution gefaßt:

Der Bund der Landwirte tritt in ungebrochener Kraft für den gleichmäßigen Schutz jeder nationalen Arbeit ein. Er erachtet es gerade jetzt für besonders wichtig, das deutsche Volk in seiner Versorgung mit Fleisch und Getreide vom Auslande immer unabhängiger zu machen. Zur Erreichung dieses Zieles ist aber die Erhaltung des bisherigen Systems des Schutzes der landwirtschaftlichen Produktion unbedingt geboten und zwar einschließlich der Erzeugnisse des deutschen Fruchtbaues und der deutschen Gärtnerei.

Nachdem die Resolution für ein Eintreten des Bundes zum Schutze des Gewerbes und des kaufmännischen Mittelstandes sich verabschiedet erklärt hat und in diese Verpflichtung auch den Beauftragten einschließt, fährt sie fort:

Der Bund der Landwirtschaft hält es unbedingt für geboten, den Zusammenschluß der christlichen und nationalen Arbeiterschaft zu unterstützen und hierbei die Arbeitswilligen vor den Gewalttätigkeiten des sozialdemokratischen Terrorismus unbedingt zu schützen.

Die stetig steigenden Anforderungen für Heer und Flotte verlangen nach der Anknüpfung der Regierung wiederum die Einführung neuer Steuern. Der Bund der Landwirte erwartet, daß bei unserer Steuerpolitik nach dem Grundsätze sozialer Gerechtigkeit gehandelt wird.

Angesichts der Tatsache, daß die Ausgaben für die Erhaltung und Verbesserung des gegenwärtigen Kulturstandes in Deutschland, in den Einzelstaaten, Provinzen und Kommunen obligatorisch und überwiegend durch direkte Steuern aufgebracht werden, die in erster Linie zweifellos den Mittelstand belasten, bedeutet es einen gerechten Ausgleich, wenn sich demgegenüber an den Aufwendungen für unsere nationale Verteidigung und für die Erweiterung unserer politischen und wirtschaftlichen Weltmachtstellung auch diejenigen Volksschichten in gerechtem Maße beteiligen, denen die Segnungen solcher Aufwendungen in besonderer Maße zugute kommen. Das kann aber nur unter Verbehalten indirekter Steuern bei gleichzeitigen Ausbau einer besondern Besteuerung des mobilen Großkapitals geschehen, nicht aber durch eine ebenso sozial ungerechte, wie in ihren Erträgen weit überschüssige Ausdehnung der Erbschaftsteuer auf Kinder und Ehegatten, deren Wiedereinbringung nur dazu dienen würde, die Zerrissenheit der bürgerlichen Parteien von neuem zu vermehren.

Die Resolution schließt mit der Versicherung, daß der Bund der Landwirte über allen Wirtschaftsstößen in unerschütterlicher Treue zu Kaiser und Reich verharren wird.

Berlin, 19. Febr. (Von unserem Berliner Bureau.)

Unter ganz tiefer Beteiligung fand heute nachmittag im Sportpalaste die Generalversammlung des Bundes der Landwirte statt. Die Beteiligung war noch stärker als im Vorjahre. Etwa 8000 Landwirte mögen den Jahresaal gefüllt haben. Zu Beginn der Bundestagung wurde neben dem Geschäftsbericht die schon mitgeteilte Resolution vorgelegt:

Der Bundesvorsitzende Dr. Köstke leitete die Verhandlungen mit einer Ansprache ein. Er führte u. a. aus: Wenn wir jetzt den Bund der Landwirte in seiner Generalversammlung hier wieder versammeln, so macht diese Versammlung nicht den Eindruck, als ob der Bund, wie man es so gerne darzustellen versucht, an Boden verliert. Ich glaube, die Kraft des Bundes zeigt sich heute in der Generalversammlung ungeschwächt. Es war ein Teil der Gegner, die im Wahlkampfe einen Gesang und Tanz anführten. Das ist die Sozialdemokratie, die die Liberalen einen in diesem Umfange nie erwarteten Sieg verschafft haben. (Stürmische Pfuirufe.) Für uns ist immer und stets die Lösung: Weiter und unermüdetlich an die Arbeit! Das Maß der Bewirrung ist so groß. Daher darf die Aufklärung, die wir begonnen haben, nicht ruhen.

Der Hansabund zog gegen nichts so sehr ins Feld, als gegen den Einfluß der Zentrumspartei. Daneben behauptete er schmähtlich und verschleiert, man wolle auch die Sozialdemokratie bekämpfen. Jetzt aber ist das Ergebnis seiner Tätigkeit, daß ohne eine der beiden Parteien im Reichstag kein Gesetz gemacht

werden kann. Die Liberalen aber, die der Hansabund zu Großen führen wollte, sind geschwächt und zu einer Trabanten-truppe der Sozialdemokratie geworden. (Lebh. Zustimmung.) Die Vertreter von Handel und Gewerbe sollten vermehrt werden. Aber Herr Kämpf, der derzeitige Präsident des Reichstages, hebt selbst hervor, daß die Vertreter von Handel und Industrie im derzeitigen Reichstage um 16 Prozent geringer sind, als im früheren (Hört! Hört!). Der Liberalismus ist geschlagen und er singt und frohlockt über den Sieg der Sozialdemokratie (Pfuirufe). Zunächst ruft er: Heil Scheidemann, du Vizepräsident des Reichstages! Schon Bebel wollte ein großer Teil von ihnen zum Präsidenten haben. Man einigte sich dann aber auf den Vizepräsidenten und zog den Mann vor, der die schwersten Beleidigungen über unser Herrscherhaus ausgesprochen hat (Erneute Pfuirufe.) Das Bemerkenswerteste an der Situation ist, daß der Wahlkampf es herbeigeführt hat, daß ein Viertel der Vertreter des Reichstages ausgesprochene Republikaner sind und wie viele unausgesprochene Republikaner außerdem im Reichstage sitzen, vermag ich nicht zu sagen. Aber bei der Erregtheit und dem Eifer, mit dem man sich bemüht hat, die Sozialdemokratie in das Präsidium zu bringen, muß wohl deren Zahl nicht zu klein sein. (Zurufe: Die Hälfte.) Der Reichskanzler äußerte im Reichstage, daß die Sozialdemokratie in dem Augenblicke, wo sie zu gefährlichen Taten schreiten wollte, eine große Anzahl ihrer Anhänger verlieren würde. Soweit in diesen Worten etwa eine geringere Einschätzung dieser Gefahr zum Ausdruck kommen sollte, kann ich dem nicht zustimmen.

Sobald die Sozialdemokratie zu gefährlichen Taten schreiten sollte, ist die Revolution da. (Anhaltende große Zustimmung.) Soweit seitens der Regierung die nötige Energie nicht angewendet ist, ist das gefährlich. Dieser Energie bedarf es aber nicht erst dann, wenn die Revolution da ist, sondern schon vorher, um zu verhindern, solche gefährliche Taten zu verhindern. (Minutenlanges Beifall.) Es ist bezeichnend, daß gerade die Tätigkeit des Hansabundes diese Situation herbeigeführt hat, obgleich eine große Anzahl bestimmbare Persönlichkeiten im Hansabunde oft zu der nächsten Umgebung des Kaisers zu gehören sich rühmen (Hört, hört!) Im Bunde der Landwirte gibt es dann kein Schranken und Banken. Als eines der Beispiele weise ich auf Bayern hin, wo der Bund bei der letzten Reichstagswahl allen Lockungen des Liberalismus trotzend, obgleich er mit Sicherheit auf viele Mandatsverluste nur die Interessen des Vaterlandes im Auge behielt und den Kampf aufnahm gegen die ibron- und staatsverderbende Sozialdemokratie. So halten wir im Bunde der Landwirte unseren Schild blank und rein. Der Redner schloß mit einem Hoch auf den Kaiser.

Es folgte dann der Bundesführer Freiherr von Wangenheim. Sein Thema war die Reichstagswahl. Wir haben, so führte er aus, in der Stichwahl eine Reihe Mandatsverluste erlitten, aber mehr auch nicht. Und wir geben Ihnen hiermit die Versicherung, diese Verluste wieder einzubringen, wie wir die Verluste von Lqa-Dietlo und Ufedom-Bollin wieder eingebracht haben.

Wir verstoßen und keinen Augenblick der Erkenntnis, daß keinen geringen Teil der Schuld an diesen Verlusten auch uns trifft, aber nur deshalb, weil wir nicht rechtzeitig die Gefahr erkannten, die in einer Ueberschätzung der nationalen Instinkte des Liberalismus lag, von dem wir nun einmal nicht glauben konnten, daß er bei den letzten Reichstagswahlen in dieser Weise mit der Sozialdemokratie zusammengehen würde. (Sehr richtig und Pfuirufe.) Der Redner sprach dann über die Entstehungsgeschichte und die bisherige Tätigkeit des Bundes der Landwirte, dem er nachsahnte, daß er stets auf Ausgleichung der Gegensätze gerichtet sei. U. a. führte er aus: Wir haben auch bei den Stichwahlen 1907 einem großen Teil der Liberalen in den Reichstag gewöhnt und manche Wünsche des Liberalismus zum Schaden unserer Weltanschauung erfüllen helfen. Aber auch hier muß es schließlich eine Grenze geben. Redner kam dann auf die Finanzreform zu sprechen und bemerkte: Wir haben es auf uns genommen als der Liberalismus damals verlor, die Finanzreform mit Hilfe der festgebundenen Parteien zustande zu bringen. Kein Stand hat unter der Finanzreform gelitten. Die Witte des Reiches ist geblieben, der Aufschwung hat sich noch vergrößert. Nun kamen die Aen an die Reihe. Betrüben war es für uns, wie eine große Partei mit einstmaligen großen Führern wie Bennigsen und Miquel, wie die nationalliberale Partei unter der Führung eines Wasseremanns dahin gelangte, der Sozialdemokratie bei den letzten Wahlen Vorparadienste zu leisten. (Stürmische Pfuirufe.) Nein, meine Herren! rufen Sie nicht Pfui, sondern brüden Sie mit mir nur Ihr Bedauern darüber aus, daß auf diese Weise ein großer Teil durch den Führer soweit vom rechten Wege abgelenkt wurde. Alle Angelegenheiten lassen darauf schließen, daß der Satz, den ich in einer großen Versammlung ausgesprochen habe, schon bald Wahrheit werden wird, nämlich, daß Herr Wasseremann der Totengräber der alten nationalliberalen Partei sein wird. Er hat es inzwischen bewiesen. (Beifall.)

Und noch etwas anderes ist durch diese Konstellation heraufgekommen, nämlich das Wiedererwachen des Antisemitismus! Im Kampf der letzten Zeit hat das Judentum eine so verheerende und zerschende Tätigkeit ausgeübt, daß wir vor dem Wiederaufleben eines noch weit stärkeren Antisemitismus stehen.

Wir haben vor einigen Tagen die ernste und bedeutungsvolle Rede des Reichskanzlers v. Bethmann-Hollweg gehört. Sie enthielt einen Aufruf zur Sammlung und so schwer es mir wird, muß ich mich in diesem Punkte in Widerspruch mit Herrn v. Bethmann-Hollweg setzen. Vielleicht will es das göttliche Walten, daß alles so und nicht anders gekommen ist. Unser deutsches Volk hat großes nur geleistet, wenn es ihm recht schlecht geht. So wird das deutsche Volk vielleicht schon bald vor Aufgaben gestellt werden, um zu erhalten, was die Väter geschaffen haben. Deshalb haben wir nur die eine Bitte an Herrn von Bethmann-Hollweg, daß er nicht Knäuel zwischen die Beine legt, die uns hindern auf unserem Wege. In dieser Beziehung brauche ich nur darauf hinzuweisen, daß wir es gerade in der letzten Zeit haben erleben müssen, wie aktive und inaktive Staatsminister sich als die unrichtigen Verantwortlichen der Sozialdemokratie betätigt haben. (Pfuirufe.) Selbst hohe Militärs haben offen ihre Sympathie für die Linke zum Ausdruck gebracht. Wobin soll es führen, wenn die Partei, die auf den Ansturz der bestehenden Gesellschaftsordnung hinstrebt, auch fernerhin als gleichberechtigt anerkannt und mit ihr partiiert wird, wenn Gesandtenwürde im Reichstage durchzubringen sind? (Pfuirufe.) Wir werden stets beweisen, daß wir gewillt sind, für das deutsche Vaterland jedes Opfer zu bringen. Aber die eine Bitte haben wir, die Lasten in sozial rechtlicher Weise zu verteilen und die bestehenden Stände entsprechend zu belasten, aber die Opfer zu fordern von den Lebenden und nicht von den Toten. (Stürmischer Beifall.)

Es sprachen sodann noch Dietrich Hahn und Oldenburg-Jantzen.

Kurszettel des „Mannheimer General-Anzeiger, Badische Neueste Nachrichten“

vom 19. Februar.

Mannheimer Effektenbörse.

Obligationen.		Banken.		Aktien.		Brief Geld		Brief Geld	
4% Pf. H. G. Zellstoffb. 99.80 B									

Frankfurter Effektenbörse.

Telegramme der Continental-Telegraphen-Compagnie.		Aktien industrieller Unternehmungen.		Aktien deutscher und ausländischer Transportanstalten.	
Frankfurt a. M., 19. Febr. (Anfangskurs) Kreditaktien 207 1/2	Frankfurt a. M., 19. Febr. (Anfangskurs) Kreditaktien 207 1/2	19. 17.	19. 17.	19. 17.	19. 17.

Berliner Effektenbörse.

Berlin, 19. Febr. (Anfangskurs)		Berlin, 19. Febr. (Schlusskurs)		Berlin, 19. Febr. (Schlusskurs)	
19. 17.	19. 17.	19. 17.	19. 17.	19. 17.	19. 17.

